

Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Rechnungsabschluss 2016
- 0 Baurechtsverlängerung
- 0 Internationaler Frauentag
- 0 12-Stunden-Tag

Unsere Meinung zur Hauptplatzumgestaltung

In der letzten Gemeinderatssitzung wurde das Siegerprojekt des Architektenwettbewerbes vorgestellt. Das war seit dem Beschluss zur Durchführung eines Wettbewerbs das erste Mal, dass der Gemeinderat mit der Neugestaltung der Innenstadt befasst wurde. Wir finden diese Vorgangsweise sehr bedauerlich.

Der Gemeinderat ist das höchste Gremium in der Gemeinde und das wichtigste Entscheidungsorgan. Wichtige Fragen, wie ein autofreier Hauptplatz, der Kostenrahmen und der Umfang der Umgestaltung hätten **vor** dem Wettbewerb im Gemeinderat diskutiert werden müssen. Das war nicht der Fall.

Damit hatten die anderen Gemeinderatsfraktionen keine Möglichkeit ihre Vorstellungen einzubringen. Die Planer erstellten ihre Entwürfe nach Vorgaben, die nie im Gemeinderat diskutiert wurden. Wir haben unsere Kritik daran in einem von uns angeregten Gespräch mit den anderen Fraktionen und in unserer letzten Gemeindezeitung dargelegt.

Einer kostspieligen Umgestaltung wird die KPÖ nicht zustimmen

KPÖ-Stadträtin Renate Pacher hat dennoch an der Jury-Sitzung teilgenommen, denn wir lehnen die Hauptplatzumgestaltung ja nicht grundsätzlich ab. Wir sind der Meinung, wir brauchen nun rasch eine grobe Kostenschätzung. Für uns hängt die Zustimmung zur Umgestaltung von den Kosten ab. Einer kostspieligen Umgestaltung werden wir aber auch in Hinblick auf die vielen anderen Aufgaben, die die Gemeinde zu erfüllen hat (z.B. anstehende Schulsanierungen) nicht zustimmen.

Finanzstadtrat Harald Bergmann hat den Wettbewerbsteilnehmern einen Finanzrahmen von vier Millionen Euro genannt - nur für den Hauptplatz. In diesem Rahmen könnten die Wettbewerbsteilnehmer planen. Wir haben in der letzten Gemeinderatssitzung klargemacht, dass diese Summe für uns viel zu hoch ist. Außerdem gehen sämtliche eingereichten Projekte



Das Siegerprojekt des Architektenwettbewerbs für die Neugestaltung der Innenstadt steht fest. In diesem Entwurf wird der ganze Hauptplatz, bis auf die Mariensäule, neu gestaltet. Alles, jeder Pflasterstein, jedes Blumenbeet oder der Sparkassenbrunnen sollen weggerissen werden. Finanzstadtrat Harald Bergmann hat den Wettbewerbsteilnehmern einen Planungsrahmen von vier Millionen Euro genannt. Ob diese Vorgabe hält soll ein Vorentwurf zeigen.

von der Annahme aus, dass das Parkhaus aufgestockt wird. Beim Siegerprojekt gingen ansonsten in der Innenstadt 63 Parkplätze verloren. Damit stellt sich die auch Frage, wer die Kosten dafür übernimmt.

Wir haben in den vergangenen Tagen viele Gespräche geführt. Vielen KnittelfelderInnen ist nicht bewusst, dass bis auf die Mariensäule jeder einzelne Stein am Hauptplatz weggerissen wird. Besonders der Sparkassenbrunnen ist sehr beliebt. Für viele ist eine völlige Neugestaltung auch eine Verschwendung.

Für eine Volksbefragung

Sollte bei einer ersten Kostenschätzung eine bedeutende Summe herauskommen, sind wir für die Abhaltung einer Volksbefragung. Die Fragestellungen im Beteiligungsprozess waren sehr allgemein. Bei solch großen Projekten sollten die KnittelfelderInnen aber die Möglichkeit haben über ein konkretes Projekt und konkrete Kosten abzustimmen.

Autobahnumbau: Auf den Lärmschutz nicht vergessen!



Die Autobahn im Bereich der Auffahrt Knittelfeld West wird saniert. KPÖ-Gemeinderat Franz Moharitsch wollte in der letzten Gemeinderatssitzung wissen, ob im Zuge des Umbaus auch der Lärmschutz verbessert wird.

Der Bürgermeister antwortete, dass diese Frage schon vor einigen Monaten Thema gewesen sei, er aber keinen Einfluss darauf habe. Finanzstadtrat Harald Bergmann berichtete, dass der Lärmschutz nur etwas verbessert werde, in einem Ausmaß von ca. drei Dezibel. Allerdings sei im Bereich der Auffahrt keine Verbesserung vorgesehen.

Das sind keine Antworten, mit denen man zufrieden sein kann. Viele AnrainerInnen leiden unter dem starken Autobahnlärm. Wann, wenn nicht im Zuge einer Sanierung sollte der Lärmschutz deutlich verbessert werden?

Als die Auffahrt Knittelfeld West geplant wurde, gab es eine starke BürgerInnenbewegung dagegen. Damals gab es von der Asfinag viele Versprechungen. Man werde alles tun um die Belastungen erträglich zu halten. Dann wurden vor einigen Jahren in einer Nacht- und Nebelaktion die Bäume entlang der Auffahrt gefällt, was zu heftigen Bürgerprotesten geführt hat. Nun wurde schon wieder massiv geschlagen und man will nun auch den Lärmschutz nur geringfügig verbessern.

Der Verkehr nimmt immer mehr zu und durch den Ausbau der S36 wird sich die Situation noch verschlimmern. Deshalb sollte die Gemeinde, am besten zusammen mit anderen betroffenen Gemeinden, einen neuen Vorstoß machen. Die Straßenbauten sind durch Steuergelder finanziert. Deshalb ist die Asfinag auch verpflichtet, das Bestmögliche an Lärmschutz zu installieren. Auch die betroffenen BürgerInnen sollten wieder bei der Asfinag protestieren.

Aus dem Gemeinderat

Wirtschaftsförderungen

Der Gemeinderat hat für Investitionen und Umbauten folgende Wirtschaftsförderungen beschlossen: Für die Eyecatcher Werbeagentur 1.095 Euro. Für die Massagepraxis Otto Kraushofer 1.200 Euro.

Öffnung der Gemeindezeitung für alle Fraktionen

Früher hatten alle Gemeinderatsfraktionen die Gelegenheit, zum Gemeindebudget und zum Rechnungsabschluss ihre Sichtweise in der Zeitung der Stadtgemeinde darzulegen. Unter Bürgermeister Gerald Schmid wurde diese Praxis plötzlich nicht mehr

weitergeführt. Zweimalige Anfragen von KPÖ-GR Sylvia Lammer dies wieder einzuführen blieben trotz Zusage ohne Ergebnis.

Nun hat die ÖVP den Antrag gestellt, dass jede Fraktion in jeder Ausgabe des Stadtmagazins eine Viertel-seite erhält, um zu aktuellen Ereignissen in Knittelfeld Stellung nehmen zu können.

Diesen Antrag haben wir gerne unterstützt. Er wurde von SPÖ und FPÖ abgelehnt. Allerdings wurde zugesagt, dass künftig alle Fraktionen wieder Gelegenheit bekommen werden im Stadtmagazin zu Budget und Rechnungsabschluss und zu bedeutenden Beschlüssen Stellung zu nehmen. Für die nächsten beiden Stadtmagazine wurde diese Zusage auch schon eingelöst.

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet. Unsere Internetadresse: www.kpoe-steiermark.at E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UWW-Nr.744, 8720 Knittelfeld

Steiermärkische
SPARKASSE 
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Baurecht für die Häuser Parkstraße 52, 54, 58 und 60 verlängert: SPÖ und FPÖ beschließen für weitere 25 Jahre auf bedeutendes Gemeindevermögen zu verzichten

Die Grundstücke, auf dem die Wohnhäuser Parkstraße 52, 54, 58 und 60 stehen, gehören der Gemeinde Knittelfeld. Die OWG hat dort zwei Wohnblöcke errichtet. Für die Benutzung der Grundstücke wurde ein Baurechtsvertrag abgeschlossen. Die OWG bezahlt einen jährlichen Baurechtszins. Dieser Vertrag wurde 1970 beschlossen. Nach 73 Jahren, also im Jahr 2043, sollten die Wohnblöcke dann kosten- und lastenfrem in das Eigentum der Gemeinde übergehen.

In 26 Jahren würde die Gemeinde also wieder frei über die Grundstücke verfügen können und zudem kostenfrei zwei Wohnblöcke mit 136 Wohnungen bekommen. Die Wohnbauten befinden sich in bester Lage und sind in einem guten Zustand.

Damit würde das Gemeindevermögen beträchtlich ansteigen. Das ist auch wichtig für die Kreditwürdigkeit einer Gemeinde. Denn nach der Bonität einer Gemeinde richtet sich auch die Höhe der Zinsen, die man für Kredite bezahlen muss. Wichtig ist auch, dass die Gemeinde dann über 136 zusätzliche Wohnungen verfügen könnte.

Nun wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ beschlossen das Baurecht um weitere 25 Jahre - bis 2068 zu verlängern, und das mit demselben Baurechtszins. Der ist wertgesichert und beträgt derzeit für ein Objekt rund 3.200 und beim zweiten rund 3.900 Euro im Jahr. Das sind 267 bzw. 325 Euro im Monat. Das sind für eine solche Verlängerung lächerliche Beträge.

OWG bekommt für weitere 25 Jahre Objekte und Mieteinnahmen

Der ursprüngliche Baurechtsvertrag lief auf 73 Jahre. Die Finanzierung der Errichtung muss auf diesen Zeitraum ausgelegt sein. Die OWG bekommt nun für weitere 25 Jahre die Nutzung von Häusern, deren Errichtung schon ausfinanziert ist. Sie kann weitere 25 Jahre die Mieteinnahmen lukrieren - die Gemeinde lässt sich mit einem geringen Baurechtszins abspeisen.

Begründet wird die Verlängerung mit der Errichtung von, laut StR. Erwin Schabhüttl, 44 Garagen. Die OWG will die Finanzierung und Abschreibung der Bauten auf 50 Jahre anlegen. Wenn die Garagen in 25 Jahren finanziert werden, würden sie den MieterInnen laut StR. Schabhüttl 73 Euro im Monat kosten, bei 50 Jahren wären es 45,40 Euro.

Das ist ein Unterschied. Aber bei der einen Variante zahlen die MieterInnen 25 Jahre lang, bei der zweiten aber 50 Jahre, und in Summe wesentlich mehr. Bei 25 Jahren wären es 21.900 Euro, mit 50 Jahren sind es aber 27.240 Euro. Aber auch für dieses Problem könnte es eine andere Lösung geben. Nämlich, dass



Im Jahr 2043 würden diese Häuser kosten- und lastenfrem in den Besitz der Gemeinde übergehen. Nun wurde der Baurechtsvertrag mit der OWG um weitere 25 Jahre verlängert. Für uns eine Verschleuderung von Gemeindevermögen.

sich die Gemeinde an der Finanzierung beteiligt um die Garagen billiger zu machen. Immerhin würde die Gemeinde die Garagen ja in 26 Jahren mitübernehmen. Der Bau von 44 Garagen betrifft nur knapp ein Drittel der MieterInnen. 44 Garagen können kein Argument dafür sein, auf die Rückgabe von 136 Wohnungen zu verzichten.

Es wurde auch damit argumentiert, dass, wenn die Gemeinde nicht verlängere, die OWG nichts mehr in die Häuser investieren würde. Die Gemeinde müsse dann sanierungsbedürftige Häuser übernehmen. Wenn das stimmen würde, dann würde die OWG auch nach der Verlängerung in den letzten Jahren nichts mehr investieren. Damit würde sich das Problem aber sehr verschärfen. Denn der Zustand der Häuser ist 2043 sicherlich viel besser als in weiteren 25 Jahren.

Außerdem unterstellt man damit der OWG, sie würde die Wohnblöcke, wenn nicht verlängert wird, langsam verkommen lassen. Damit würde sie aber sicher in Konflikt mit den MieterInnen kommen, und das ist von einer verantwortungsbewussten Wohnbaugenossenschaft auch nicht zu erwarten.

Mit seinem Privatvermögen würde niemand so umgehen

Der Gemeinderat ist verpflichtet, das Gemeindevermögen zu wahren und tunlichst zu vermehren. Mit diesem Verlängerungsbeschluss ist das sicherlich nicht der Fall. Das ist eine Verschleuderung von Gemeindevermögen. Kein Privater würde mit seinem eigenen Vermögen so umgehen und auf die Nutzung von zwei Objekten, die ihm kostenfrei zufallen würden, verzichten. KPÖ und ÖVP haben dagegen gestimmt. FPÖ-Vize-BGM Siegfried Oberweger nannte die Vorgangsweise sozial und im Sinne der Mieter. Was daran gut sein soll ist für uns ein Rätsel.

Rechnungsabschluss der Gemeinde für 2016

Ordentlicher Haushalt, die Zahlen sind gerundet

Einnahmen Rechnungsabschluss:	34,53 Mio.	geplante Einnahmen:	34,54 Mio.
Ausgaben Rechnungsabschluss:	33,13 Mio.	geplante Ausgaben:	34,32 Mio.
Überschuss	1,40 Mio.		0,22 Mio.

Außerordentlicher Haushalt, die Zahlen sind gerundet

Einnahmen Rechnungsabschluss:	3,86 Mio.	geplante Einnahmen:	5,26 Mio.
Ausgaben Rechnungsabschluss:	4,34 Mio.	geplante Ausgaben:	5,26 Mio.
Abgang	0.48 Mio.		0.0 Mio.

Wir haben dem Rechnungsabschluss 2016 nicht zugestimmt. Für uns zeigt der Rechnungsabschluss, genauso wie zuvor das Budget 2016, zu wenig soziale Handschrift.

Viel Geld für Öffentlichkeitsarbeit

Es fließen zwar viele Mittel in die Öffentlichkeitsarbeit, um rund 32.000 Euro mehr als noch im Jahr 2014, viel Geld fließt in Beratungen und Projektentwicklung. Aber unser Antrag den seit Jahren unveränderten Heizkostenzuschuss von 60 auf 100 Euro anzuheben wurde von SPÖ, FPÖ und ÖVP abgelehnt.

Für den Kautionsfonds sind 15.000 Euro veranschlagt, aber nur etwas mehr als 2.000 Euro sind tatsächlich ausbezahlt worden. Aufgrund der niedrigen Einkommensgrenze haben alle, die mehr als 993,38 Euro verdienen keinen Anspruch. Obwohl der Kautionszuschuss kein Geschenk, sondern ein Kleinkredit ist, war man bis jetzt nicht bereit die Einkommensgrenze deutlich anzuheben.

Im Rechnungsabschluss finden sich auch rund eine Million Euro für den Ankauf des Bezirksgerichtes. In dieser Summe sind auch die 360.000 Euro enthalten, die die Gemeinde mehr bezahlt hat als die Vorbesitzer. Eine Preissteigerung um 61 Prozent in zweieinhalb Jahren - und das auf Kosten von Steuergeldern. Das ist für uns unannehmbar. Ebenso können wir keinem Rechnungsabschluss zustimmen, in dem enthalten ist, dass der Bürgermeister neben seiner bezahlten Funktion als Bürgermeister noch eine Vollenstellung bei der Gemeinde hat

Die sang- und klanglose Schließung des Verkaufsbetriebs der Gärtnerei, inklusive 10.000 Euro für das Schließungsgutachten, ist Teil des Rechnungsabschlusses. Auch damit sind wir nicht einverstanden.

Der Abgang wurde nicht erwähnt

In einer Pressekonferenz wurde vom Bürgermeister und vom Finanzreferenten als großer Erfolg dargestellt, dass es einen Überschuss von 1,4 Millionen Euro gibt. Das ist der ordentliche Haushalt. Dass es im außerordentlichen Haushalt einen Abgang von rund 480.000 Euro gibt, wurde allerdings nicht erwähnt. Bleibt ein Gesamtüberschuss von rund 920.000 Euro. Das klingt zwar gut, aber man sollte sich auch ansehen, woher dieser Überschuss kommt.

Im ordentlichen Haushalt wurden um rund 1,2 Mio. Euro weniger ausgeben, als man ursprünglich geplant hat. Viele Vorhaben wurden nicht umgesetzt. Zum Beispiel Gebäudeinstandhaltungen oder Betriebsausstattungen. Besonders auffällig ist das bei den Hauptschulen, hier sind es insgesamt 55.000 Euro weniger.

Beim Sportzentrum sind es 20.000 Euro. Auch bei Kulturveranstaltungen, im Kulturhaus oder im Kulturhausrestaurant wurde weniger ausgegeben. Bei den Wohnhäusern 67.000 Euro weniger an Instandhaltung. Die Tilgungsrate für das innere Darlehen für das Haus der Vereine in der Höhe von rund 25.000 Euro wurde ausgesetzt. Das sind nur einige Beispiele.

Das Gleiche gilt für den außerordentlichen Haushalt. Hier wurde um rund 920.000 Euro weniger ausgegeben. Beim Schulkonzept, beim Sportzentrum, beim Bauhof, im Schwimmbad, im Straßenbau, bei der Wildwasserverbauung oder bei Wasserwerk und Kanalisation - überall wurde deutlich weniger umgesetzt und investiert.

Viele der geplanten Ausgaben und die dahinterstehenden Vorhaben sind nötig und sinnvoll. Aber vieles davon ist nicht geschehen. Diese Ausgaben sind aber nur aufgeschoben. Wären sie aber - so wie es im Budget vorgesehen - umgesetzt worden, dann sähe es mit dem Überschuss ganz anders aus.

Weniger Investitionen ergeben einen deutlichen Überschuss

Kurz gesagt, wenn man viele Vorhaben nicht ausführt, ergibt das am Ende einen ordentlichen Überschuss und eine Senkung des Schuldenstandes. Aber die dahinterstehenden Notwendigkeiten bleiben weiter bestehen, und fallen in die künftigen Budgets.

Bei der Begründung für einige Überschreitungen stößt man auf die Namen von Personalleasingfirmen. Anstatt anfallende Arbeiten von Gemeindebediensteten ausführen zu lassen, bedient man sich der Leiharbeit. Das lehnen wir grundsätzlich ab. Auch hier vermischen wir die soziale Handschrift. Die öffentliche Hand sollte beispielgebend sein und reguläre Arbeitsplätze schaffen. So trägt auch Leiharbeit anstelle von regulären Arbeitsverhältnissen zum Überschuss bei.

Die KPÖ hat dem Rechnungsabschluss nicht zugestimmt. Er wurde von SPÖ, FPÖ und ÖVP beschlossen.

8. März - Internationaler Frauentag



Auch heuer verteilte die KPÖ wieder Nelken zum Internationalen Frauentag. Auch unsere Veranstaltung zum Internationalen Frauentag, die wir schon seit Jahrzehnten durchführen, war gut besucht.

Unsere Nelkenverteilung stand unter dem Motto „Für Frieden und Gleichberechtigung“. Damit wollen wir an die Durchsetzung der Frauenrechte erinnern.

Denn von völliger Gleichberechtigung sind wir leider weit entfernt. Eine der größten Ungerechtigkeiten ist die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen. In Österreich ist der Unterschied besonders groß. Es gibt ein großes Interesse daran, dass das auch so bleibt. Die schlechtere Bezahlung der Frauen ist der Zusatzgewinn der Unternehmen. Würden Österreichs Frauen ebenso viel verdienen wie die Männer – sie hätten im Jahr fast 20 Milliarden Euro mehr an Einkommen. Das zeigt eine kürzlich bekannt gewordene Studie der Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers.

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Um Kriegeslind und Flüchtlingsströme zu beenden, müssen die Kriege beendet werden. Das muss das erste Ziel sein. Auch daran wollten wir mit unserer Verteilung erinnern.

Heuer schon zum zweiten Mal veranstaltete auch die Stadtgemeinde ein Fest zum Internationalen Frauentag. Das freut uns sehr.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 3. Mai

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 12.00 Uhr
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Finanzbedarf bei Schulen

Die ÖVP hat den Antrag auf Erstellung eines Bildungskonzeptes gestellt. Viele der Knittelfelder Schulen sind in keinem guten Zustand. Es sollte rasch geklärt werden, welche Schultypen in Zukunft benötigt werden und welcher Finanzbedarf in Zukunft auf die Gemeinde zukommen wird.

Der Antrag wurde von SPÖ und FPÖ abgelehnt. Begründet wurde die Ablehnung damit, dass bereits von Landesseite an einem Bildungskonzept gearbeitet werde. Auch in Knittelfeld wurde 2014 mit der Erstellung eines Schulkonzeptes begonnen. Nun scheint die Sache eingeschlafen zu sein, denn die 100.000 Euro, die im Budget 2016 dafür vorgesehen waren, wurden nicht verbraucht.

Wir haben diesen Antrag unterstützt. Je früher wir wissen, was an künftigen Ausgaben auf die Gemeinde zukommt, desto besser. Das zu wissen ist auch in Hinblick auf die Entscheidung über eine millionenteure Hauptplatzumgestaltung wichtig.

Förderung verbessert, Gebührenerhöhung bleibt

Knittelfeld hat ein so genanntes „Mischkanalsystem“. Die Regen- und Oberflächenwässer von Objekten, die vor 1993 gebaut wurden, werden in den Kanal geleitet. Das ist bei rund 1.200 Objekten noch der Fall. Eine Belastung von Kanalnetz und Kläranlage. Alle, die Regenwasser in den Kanal einleiten, bezahlen eine zusätzliche Dachkonstantengebühr.

Die Gemeinde wollte durch Förderungen erreichen, dass GebäudebesitzerInnen auf ihrem Grund Sickerschächte errichten, damit die Oberflächenwässer nicht mehr in den Kanal fließen. Grundsätzlich eine gute Idee. Aber die Förderungen waren relativ gering.

Außerdem wurde die Fördersumme durch die Einnahmen aus der einer Verteuerung der Dachkonstante finanziert. Die GebührenzahlerInnen bezahlten sich die Förderung also selbst. Damit war die KPÖ nicht einverstanden. Wir haben damals den Vorschlag gemacht ein besseres Fördersystem auszuarbeiten. Außerdem sollte es keine Gebührenerhöhung geben. Die Erhöhung und die Förderrichtlinien wurden aber von SPÖ, FPÖ und ÖVP ohne Änderung beschlossen.

Nun hat sich herausgestellt, dass die Förderung nur sehr schleppend angenommen wird. Deshalb wurde sie verbessert. Eine gute Sache. Aber die Finanzierung über die Gebührenerhöhung bleibt leider bestehen. Auf unsere Anfrage bestätigte Finanzreferent Harald Bergmann, dass bisher deutlich mehr eingenommen worden sei, als an Förderungen ausbezahlt wurde.

Ferien mit Kinderland!

Ferienaufenthalte am Turnersee in Kärnten
und in St. Radegund bei Graz.

Anmeldung und Infomation:
KPÖ Knittelfeld, Tel.: 03512/82240

Eurofighter: Teure Aufrüstung mit Schmiergeldzahlungen



Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung hat die ÖVP/FPÖ-Regierung im Jahr 2000 den Kauf der Eurofighter durchgedrückt. Die SPÖ hat danach versprochen aus dem Kauf aus-

zusteigen. Nach den Nationalratswahlen war alles vergessen.

Der Kauf der Eurofighter war die größte militärische Beschaffung in der Zweiten Republik. Kritiker des Ankaufs haben ausgerechnet, dass dieser Aufrüstungsschritt - Ankauf, Finanzierung, Betrieb und Infrastrukturkosten mit eingerechnet - rund sechs Milliarden Euro kostet.

Schon beim Ankauf gab es den Verdacht, dass hier viel Schmiergeld geflossen ist. Nun hat das Verteidigungsministerium Anzeige erstattet. Von Bestechung, Schmiergeldzahlungen und dubiosen Gegengeschäften ist die Rede. Mindestens 1,1 Milliarden Euro Schadenersatz werden gefordert.

Unsere Region hat nur den Lärm und die Umweltbelastungen, von neuen Arbeitsplätzen durch Gegengeschäfte war nichts zu spüren. 183,4 Millionen für Bestechungen sollen von EADS auf den Kaufpreis aufgeschlagen worden sein. Die österreichischen SteuerzahlerInnen haben demnach nicht nur diese Kriegsgüter, sondern auch die Bestechungsmillionen bezahlt.

Ein Liebesdienst an die EU

Die Entscheidung zum Kauf der Eurofighter kam aber nicht nur durch mögliche Schmiergeldzahlungen zustande. Die Eurofighter sind jenes Flugmodell, das in die EU-Armee passt. Der Ankauf war auch ein Liebesdienst an die Aufrüstungspläne der EU und eine Stärkungsmaßnahme zum Aufbau eines großen europäischen Rüstungskonzerns (EADS - nun Airbus).

Ob in Bürgerinitiativen oder im Gemeinderat, die KPÖ hat jahrzehntelang gegen den Ankauf von Abfangjägern gekämpft. Wir fordern volle Aufklärung. Auch die Rücknahme der Eurofighter und die Rückerstattung des Kaufpreises sind anzustreben. Denn diese Milliarden wären bei Sozial- und Bildungsprojekten, aber auch bei den maroden Kasernen und den Grundwehrdienern viel besser aufgehoben.

Ob beim Verkauf der Bundeswohnungen, den Eurofightern oder bei den Verschlechterungen bei den Pensionen: Unter keiner Regierung gab es so viele Skandale und so viele Verschlechterungen für die arbeitenden Menschen wie unter der ÖVP/FPÖ-Regierung.

12-Stunden-Tag – leben wie im Frühkapitalismus?

An der Wiege des Kapitalismus stand zügellose Ausbeutung. Im sogenannten Frühkapitalismus waren lange Arbeitszeiten, schlechte Bezahlung und soziales Elend alltäglich. Es entwickelte sich eine Arbeiterbewegung, und eine der ersten Forderungen war die nach dem 8-Stunden-Tag.

Das war vor über hundert Jahren. Heute ist unsere Gesellschaft reich und produktiv, Technik und Wissenschaft sind hoch entwickelt. Immer mehr Waren werden in immer kürzerer Zeit hergestellt. Doch die arbeitenden Menschen haben immer weniger von diesem Fortschritt. Seit den 80er-Jahren gibt es keine Arbeitszeitverkürzungen mehr, im Gegenteil, nun soll auch noch der 12-Stunden-Arbeitstag gesetzlich verankert werden. Die Wirtschaft macht Druck und die Regierung ist bereit zu verhandeln.

In den letzten Jahren kam es zu einer laufenden Verlängerung der Arbeitszeiten und einer Verschlechterung der Überstundenbezahlung. 10 und auch 12 Stunden Arbeitszeit pro Tag sind leider auch heute schon möglich, nun soll die Schraube weiter angezogen werden.

Lange Arbeitszeiten sind familienfeindlich und schaden der Gesundheit. Eine kürzlich veröffentlichte Studie zeigt, dass nach 7 bis 8 Stunden die Fehlerhäufigkeit steigt. Je länger die Arbeitszeiten, desto größer auch die Unfallgefahr und desto länger die Zeitspanne, die man braucht um sich wieder zu erholen. Nach zwei 12-Stundenarbeitstagen braucht man drei freie Tage um sich wieder zu erholen. Langes Arbeiten ohne die unmittelbar darauffolgende nötige Freizeit schadet der Gesundheit.

Die Arbeitswelt und unser Alltag werden immer hektischer. Anstatt die Arbeitszeit zu verlängern, brauchen wir eine drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. „Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen“ lautet eine Forderung. Damit hätten wir alle mehr Lebensqualität und unsere Jugend die Chance auf Arbeit. Ansonsten nähern wir uns immer mehr frühkapitalistischen Verhältnissen.



Filmtipp

**Dienstag,
18. April
20.00 Uhr
Dieselkino
Fohnsdorf**

Pflege kann auch reich machen



Derzeit werden überall in den Gemeinden die Rechnungsabschlüsse beschlossen. Überall stöhnen die Gemeinden über die steigenden Ausgaben für den Sozialhilfeverband. Die Steigerungen bei den Pflegeausgaben werden hier besonders hervorgehoben. Aber es gibt auch welche, die Pflege offensichtlich reich macht.

In der Kronen-Zeitung vom 3. März 2017 stand über den ehemaligen FPÖ-Politiker und Chef der Kräutergarten-Gruppe Harald Fischl Folgendes zu lesen: „Pflegeheime spülten 68 Millionen Euro in Fischls Kassa“. Es wurde berichtet, dass sich Harald Fischl um 12,6 Millionen Euro ein Luxushotel auf Mallorca gekauft hat. Weiters steht zu lesen: „Der Ex-GAK Präsident war mit dem Verkauf der Pflegeheimgruppe „Kräutergarten“ zu beträchtlichem Vermögen gekommen. Zwei weitere Heime, die Fischl in Wien-Döbling betrieben hat, sollen vor wenigen Wochen um 68(!) Millionen Euro verkauft worden sein.“

Auch das Knittelfelder Wegwarteheim stand früher im Besitz der Kräutergarten-Gruppe von Harald Fischl, bevor er es an einen deutschen Immobilienfonds verkauft hat. Die Steiermark ist das Bundesland, in dem es die meisten privaten Pflegeheime gibt. Auch die Gemeinde Knittelfeld hat ihr eigenes Heim geschlossen und den Pflegebereich der Kräutergarten-Gruppe von Harald Fischl überlassen.

Wie das Beispiel Fischls zeigt, ist die Pflege offensichtlich ein gutes Geschäft, während die Kosten für die öffentliche Hand explodieren. Überall ist auch zu hören, dass auf Grund der steigenden Kosten mehr gespart werden muss. Das Einzige, was man sich sparen kann, ist den Pflegebereich privatem Gewinnstreben zu überlassen.

Aus dem Gemeinderat

Sportförderungen

Der Gemeinderat hat für 21 Sportvereine eine Förderung von 43.200 Euro beschlossen.

Bebauungsplan Ingeringweg 2
Im Bereich der Forstinger-Verkaufshalle sind Umbauten geplant. Die Waschanlage soll abgerissen und der Verkaufsbereich umgestaltet werden. Auch die Errichtung eines Cafes ist angedacht. Die beiden derzeit in den Ingeringweg einmündenden Zu- und Abfahrten werden zu einer zusammengefasst. Bei der Kreuzung Ingeringweg - Kärntnerstraße soll eine Ampel errichtet werden. Der Bebauungsplan wurde im Gemeinderat beschlossen.

Eine neue Apotheke und ein Cafe sollen entstehen. Gegenüber dem Eurospar wird das Einkaufszentrum erweitert. Das alles entwertet die Innenstadt. Daran wird auch eine millionenteure Neugestaltung der Innenstadt nichts ändern.

Bebauungsplan Lutz

Die Firma Lutz hat das benachbarte Grundstück gekauft. Das darauf befindliche Gebäude (ehemaliger Preispirat) soll abgerissen werden. Es sollen neue Parkplätze entstehen.

Spielplatzpflege

Von April bis Oktober 2017 wird der Kinderspielplatz in der Dr. Pölz-Gasse von „Jugend am Werk“ gemäht und gereinigt. Dafür werden monatlich 333,33 Euro bezahlt. Damit will man Menschen mit Behinderung die Möglichkeit der Integration durch Tätigkeiten in der Gemeinde geben. Eine gute Sache.

Knittelfelder

NACHRICHTEN

Herzlichen Dank

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

**Raiffeisenbank
Aichfeld**



BINDER
WILLKOMMEN BEI UNS!  GMBH

Schulgasse 11 / Ecke Parkstraße
A-8720 Knittelfeld
Tel.: 03512 / 820 25
office@bindergmbh.at
www.bindergmbh.at

(Über-)Leben in Syrien

Vortrag der Journalistin Karin Leukefeld zur aktuellen Lage in Syrien

Seit über fünf Jahren herrscht Krieg in Syrien. Millionen Menschen haben alles verloren, sind geflohen oder leben in Angst. Die Gesellschaft ist tief gespalten. Die deutsche Journalistin Karin Leukefeld lebt jedes Jahr mehrere Monate in Syrien. Sie erläutert, warum die ganze Region in Flammen aufgeht, welche Auswirkungen dies auf die betroffenen Staaten und ihre Gesellschaften hat und welche Perspektiven sich abzeichnen.

Wir laden sie herzlich ein!



**Mi.
26.4.**

**19.00 Uhr
Neues
Volkshaus
Reselgasse 2
Knittelfeld**

Dauerbaustelle Wohnunterstützung

In einer Nacht- und Nebelaktion wurde im Sommer 2016 die Wohnbeihilfe abgeschafft. Die Beihilfe wurde stark verschlechtert und wird nun „Wohnunterstützung“ genannt. Der Protest dagegen, der maßgeblich von der KPÖ getragen wurde, war massiv.

SPÖ und **ÖVP** mussten zurückrudern. Es wurde ein Härtefonds eingerichtet und ab Jänner 2017 wurden einige Verschlechterungen zurückgenommen. Aber die große Ungerechtigkeit, dass die Kinderbeihilfe nun erstmals zum Einkommen dazugerechnet wird, bleibt bestehen. Deshalb geht auch unser Widerstand weiter.

Das neue Gesetz, die baldige Novellierung des Gesetzes und die Installierung des Härtefonds bedeuten einen gewaltigen Verwaltungsaufwand. Das führt dazu, dass viele AntragstellerInnen monatelang auf ihre Beihilfe warten.

Gerade diese Menschen haben ein geringes Einkommen - sonst könnten sie keine Wohnunterstützung beziehen. Durch die langen Wartezeiten kann es zu finanziellen Engpässen und Mietrückständen kommen – ein großes Problem.

Auch die Beschäftigten in der Beihilfenabteilung sind nicht zu beneiden. Sie müssen die Beihilfen aufgrund der ständigen Änderungen stets neu berechnen und sind daher völlig überlastet. Deshalb hat die KPÖ den Antrag gestellt, das dortige Personal aufzustocken. Unser Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Das ist uns völlig unverständlich. Denn die langen Wartezeiten und diese Arbeitsbedingungen sind unzumutbar.

Die Mandatare von FPÖ, Grünen und KPÖ haben nun ein Normprüfungsverfahren des Steiermärkischen Wohnunterstützungsgesetzes durch den Verfassungsgerichtshof beantragt. Dafür sind die Unterschriften eines Drittels der Abgeordneten im steirischen Landtag nötig. Eine Hürde, die keine Partei aus eigener Kraft überspringen kann. Das Gesetz wird nun überprüft, eine Aufhebung wäre ein großer Erfolg im Sinne der betroffenen Menschen.

Petition an den Landtag Steiermark

Wohnen darf nicht arm machen!

Hände weg von der Wohnbeihilfe!

Wir fordern:

- Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe
- Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift

**Bitte einsenden an: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld
Wir schicken auch gerne Unterschriftenlisten zu, Tel: 03512/82240**